

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Post-
fragen. — Einzelne Nummern
1 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postfach-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die in der ersten Spalte
unterhalb des Haupt-
mannschaftskontos: 4 Pf. im amtlichen Teil (aus-
von Behörden) die Seite 1/2 Pf. — Sonstige
Reklamen: 2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sehue. — Druck und Verlag: Carl Sehue in Dippoldiswalde.

Nr. 272

Mittwoch den 22. November 1922

88. Jahrgang

Betr. laufende Steuerzuschüsse.

1. Die laufenden Steuerzuschüsse sind mit Wirkung
vom 1. November 1922 ab wie folgt erhöht worden:

für einen Schwerbeschädigten bei einer Min- derung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H.	auf 3200 M.
für einen Schwerbeschädigten bei einer Min- derung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H.	4800 "
für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist	6400 "
für eine Witwe	3200 "
für eine Witwe, die nur auf die Rente ange- wiesen und nachweislich einen Erwerb aus- zuüben nicht imstande ist	4800 "
für eine vaterlose Waise	2000 "
für eine elternlose Waise	3000 "
für einen Elternteil	2500 "
für ein Elternpaar	4100 "
für Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Hausgeldes oder für Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe	3200 "
der besondere Zuschuß, den Schwerbeschädigte oder Hausgeldempfänger erhalten, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, erhöht sich für jedes Kind	1600 "

2. Die sich hieraus ergebenden Nachzahlungen erfolgen ohne
besonderen Antrag sofort.

II.

1. Die Einkommensgrenzen, bei denen die Steuerzuschüsse
nur zur Hälfte gezahlt werden dürfen oder ganz weg-
fallen, erhöhen sich entsprechend den erhöhten Steuerzuschüssen.

2. Rentenempfänger, welche infolge Erhöhung der Ein-
kommensgrenzen wieder zum Bezuge eines Steuerzuschusses
berechtigt sind, haben erneut bei der Gemeindebehörde
den vorgeschriebenen Antrag zu stellen. 550 Kl. I.

Das Bezirksamt für Kriegerversorgung Dippoldiswalde,
am 20. November 1922.

Freitag den 24. November abends 8 Uhr
**öffentliche Sitzung der Stadt-
verordneten zu Dippoldiswalde.**
Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Die Dresdner Ausschreitungen am 18. November.

Die Regierung verbreitet durch die Nachrichtenstelle in der
Staatskanzlei folgende Darstellung der Vorgänge in Dresden am
Sonntag:

Die im Anschluß an eine Demonstration von Erwerbslosen
am Sonnabend erfolgten Plünderungen und sonstigen Ausschrei-
tungen sind, wie die vorläufigen Feststellungen ergeben haben,
systematisch von verantwortungslosen Elementen vorbereitet
worden. Bereits in den am 7. und 10. November veranstalteten
Versammlungen dieser Korporationen wurde in gar nicht mizu-
versehender Weise zur „Selbsthilfe“ aufgefordert und zu einer
„Hungerdemonstration“ für Sonnabend angekündigt. Man hatte
bereits in der Erwerbslosenversammlung am 7. November im
Volksstube ganz offen erklärt, worin die Selbsthilfe bestehe, wolle
jeder Einzelne. Die Lage seien nicht mehr fern, wo sich jeder in
den Geschäften das suchen müsse, was er brauche. Der Kampf
sei entbrennt. Es gelte ihn zu führen und auch vor dem Tode
nicht zurückzuschrecken. Auf in den Kampf, um zu siegen oder
zu sterben.“ Der kommunistische Abgeordnete Zippel gab, den
obigen Worten zustimmend, die Versicherung ab, daß am Sonn-
abend die SPD. auf dem Posten sein werde. Ein Redner gab
Ratschläge dahin, daß einzelne zunächst in große Geschäfte gehen
und dort an das gute Herz des Inhabers appellieren sollten,
wenn dies fehlschläge, müsse die Masse ein solches Geschäft „hen-
nehmen“. Der Versammlungsleiter erklärte sogar, die Verant-
wortung könnte er nur für die ersten 10 Reihen übernehmen,
was die übrigen dann hinter ihm machen, könne er nicht über-
nehmen. Ein bekannter Kommunist gab den Versammelten die Ver-
sicherung, daß eine große Anzahl Erwerbsloser aus Bautzen,
Zittau, Kamenz, Pirna und Umgebung an der Dresdner Demon-
stration teilnehmen werde. Reisegelder seien beschafft worden,
Dresden werde die Augen aufmachen und staunen, was am Sonn-
abend losgehen werde.

Das Polizeipräsidium hatte deshalb die Verantwortlichen auf
das Bedenkliche ihres Tuns energisch hingewiesen und sie ver-
pflichtet, für Ruhe und Ordnung bei der Demonstration mit besorg-
t zu sein. Sie hatten diese Verpflichtung auch anerkannt, auch dem
Ministerpräsidenten gegenüber, den sie am Freitag infolge dienst-
licher Abwesenheit des Arbeitsministers aufgesucht hatten. Trotz
ihres Versprechens haben nun einige der Verantwortlichen den
etwa 800—1000 Demonstranten am Rathaus in aufreizenden

Reden eingepreßt, daß das „Gebot“ der Stunde „Selbsthilfe“
besthe, daß den Herrschaften endlich gezeigt werden müsse, daß die
Masse lange genug gehungert“ hätten. Diese Redner sprachen
die Hoffnung aus, es werden sich gewiß noch tatkräftige Männer
finden, die zu handeln verständen. Es sei der Wille der Masse
auszuschlagend und nicht der der Regierung. Zurufe aus der
Masse: „Heute muß es losgehen. Die Regierung muß runter!“
u. a. m. waren das Echo dieser deutlichen Aufforderung. Als
sich der Zug am Bahnhof aufgelöst, haben diese Redner gar in
noch deutlicherer Weise zu Ungehörlichkeiten aufgefordert und
zwar mit den Worten: Der Pflicht den Behörden gegenüber, den
Zug ordnungsgemäß herzubringen, habe man sich nunmehr ent-
ledigt und nunmehr könne die Menge tun und lassen, was sie
wolle. Ihnen sei alles gleich, man solle nur tun, wozu die Not
triebe. Daraufhin sind einzelne Trupps von je 200—300 Personen
nach verschiedenen Richtungen auseinandergezogen und haben,
ehe die Polizei es hindern konnte, mit Ingegnen vorher eigens für
dieses Zweck angefertigten Holzkeulen Fenster Scheiben zer-
schlagen und Auslagen und Geschäfte geplündert. Dank der Wachsamkeit
der Kriminalpolizei konnte eine große Anzahl der Plünderer un-
mittelbar nach der Tat festgenommen und das geraubte Gut den
Eigentümern wieder zugeföhrt werden. Da, wo die Polizei er-
schien, ließen die Ruhestörer auseinander, um alsbald an anderen
Stellen der Stadt plündernd wieder aufzutreten. Da, wo die
überfallenen Geschäftsinhaber der meist aus jugendlichen, von ge-
wissenloser Seite ausgehenden Personen bestehende Menge mit
Energie und Festigkeit entgegentraten, blieben sie von Plün-
derungen verschont. Immerhin war erkennbar, daß von einer
Hungerdemonstration Rede keine Rede mehr sein konnte,
denn die umherziehenden Trupps erschöpften sich in Lohlen,
Lärmen, Beschimpfen der Polizei und anderem groben Unfug.
Auch trugen eine große Anzahl der auf früherer Tat ergriffenen
Plünderer Geldbeträge in Höhe von 9000 bis 20 000 M. (in einem
Falle über 47 000 M.) bei sich, von denen sie selber sagten, daß
es ihre letzte Lohnzahlung sei. Andere wieder hatten die Ge-
schäftsinhaber gezwungen, Gelder im Betrage von 5000 und 10 000
Mark herzugeben, die angeblich für Arbeitslosenunterstützung ver-
wendet werden sollten. Wiederholt sind Polizeibeamte von Ruhestörern
geschlagen worden. Sie haben jedoch mit der blanken
Waffe nur dort geantwortet, wo man in bedrohlicher Weise tät-
lich gegen sie vorging, oder wo Verhaftete gewaltsam befreit
werden sollten. In ähnlichen Fällen hat auch der Gummiknüppel
einige Male angewendet werden müssen. Mehrere Demon-
stranten haben sich beim Einschlagen von Fensterscheiben verletzt,
einer hat ins Krankenhaus gebracht werden müssen. Unter den
Verhafteten waren eine ganze Anzahl, die mit Rucksäcken,
Metall- und anderen Schlägern, Schlagringen usw., in einem
Fall auch mit einer Schußwaffe ausgerüstet, mit sich für die Aus-
sicherungen vorbereitet waren. Unter den 39 zuerst Verurteilten
waren 3 im Alter von 16 Jahren, 16 im Alter von 16—20 Jahren,
8 im Alter von 20—24 Jahren. Die Ergebnisse der vorläufigen
Untersuchungen deuten darauf hin, daß es sich bei diesen Kund-
gebungen offenbar neben einer gewiß nicht unbeträchtlichen Demon-
stration schwer notleidender Menschen auch um Bestrebungen ge-
wissenloser Leute handelt, die die Not der Erwerbslosen auszunü-
zen, um Putsche und andere Gewalttätigkeiten zu veranstalten. Die
Polizei hatte zwar andere Vorbereitungen getroffen, allein die
Demonstrationen von vornherein zu verbieten, lag kein Anlaß vor,
da eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit im
Sinne des Artikel 123 der Reichsverfassung infolge der Ver-
handlungen selber Teile nicht bestand. Es mußte vielmehr mit
der Wahrscheinlichkeit eines friedlichen Verlaufes der Demon-
stration gerechnet werden. Für kommende ähnliche Fälle jedoch
hat nunmehr das Polizeipräsidium angekündigt, vom Rechte des
Art. 123 Gebrauch zu machen. Im übrigen wäre die Polizei mit
der nur kleinen Anzahl von Ruhestörern sehr schnell fertig ge-
worden, wenn nicht Laufende und Abertausende von Neugierigen
sie andauernd am Vorgehen gehindert hätten. Die Presse würde
sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie aus Anlaß dieses
Vorfalls alle Neugierigen warnen möchte, bei derartigen Vor-
kommnissen nicht mäßig dabei zusehen und die Arbeit der Polizei
zu hindern.

Vertisches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Die nächste Nummer der „Weißeritz-Zeitung“
wird Donnerstag nachmittag zur gewohnten Stunde ausgegeben.
— Am gestrigen Montag hielt die Gartengemeinschaft „Nord“
im Gasthof „zur goldenen Sonne“ ihre Hauptversammlung ab.
Leider war, in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung, der
Besuch ein recht schwacher; waren doch kaum die Hälfte der
Pächter erschienen. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Vor-
sitzenden der Gemeinschaft, Herrn Kaufmann Marschner, trat man
sofort zur Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung über, aus
der hier einiges wiedergegeben sei. Infolge der Neuordnung
der Pachtverträge macht sich naturgemäß auch eine Erhöhung des
Gartenspachtes notwendig und zwar beträgt der Zins für dieses
Jahr pro Quadratmeter 1,20 M. Von diesem Betrage bekommt
die Kirchengemeinde, der ja bekanntlich der Grund und Boden ge-
hört, 80 Pf., die restlichen 40 Pf. werden zur Deckung der Ver-
waltungskosten verwendet. Erwähnt sei noch, daß von diesen
1,20 M. durch Vorauszahlung des Zinses voriges Jahr schon
20 Pf. mitbezahlt worden sind, also für dieses Jahr in Wirklichkeit
nur 1 M. pro Quadratmeter erhoben wird. Aus dem Kassen-
bericht, den Herr Jönckens erstattete, war zu ersehen, daß auch in
finanzieller Hinsicht gut gewirtschaftet wird und die feinerzeit bei
Gründung der Gemeinschaft aufgenommenen Darlehen bis auf ein
Viertel abgetragen sind. Ferner machte sich die Wahl 6 aus-
scheidender Ausschußmitglieder und zweier Stellvertreter nötig.
Gewählt wurden die Herren Jönckens, Niemand, Hocke, Hesse,
Oskar Fischer, Max Fischer; als Stellvertreter Frau Mähe und
Herr Brandmeier. Letzterer fungiert auch als Schriftführer.
Weiter wurden noch durch Jarus zwei Kassenevisoren gewählt
und zwar die Herren Max Saube und Einborn. Beschlossen
wurde auch die Anbringung von Laßeln mit der Gartenordnung
an den drei Garteneingängen. Welches Interesse für die Schreber-
gärten vorhanden ist, ist daraus zu ersehen, daß sich schon wieder
viele Familien zwecks Pachtung eines Gartens gemeldet haben,

die aber vorläufig und wohl auch in absehbarer Zeit keinen er-
halten können.

Der Eisenbahnstreik in den ersten Wochen dieses Jahres
hatte dem Gewerbeverein Dippoldiswalde einen Streich dadurch
gespielt, daß einer seiner Redner nicht rechtzeitig hier eintreffen
konnte und der Vortrag des Schriftstellers Dr. Plattensteiner—
Wien über Rosegger unterbleiben mußte. Es ist nun gelungen,
genannten Herrn auf neue zu verpflichten, und wird der Rosegger-
Abend am Freitag in der Turnhalle stattfinden. Es ist feinerzeit
von vielen Seiten bedauert worden, daß jene Veranstaltung abge-
sagt werden mußte, umso mehr darf man es begrüßen, daß sie nun
noch in die Wege geleitet worden ist. — Wegen geringer Be-
teiligung mußten die Lesenden des Herrn Lehrer Potzsch ein-
gestellt werden.

Die Zuckerverzehrung. Dem Freistaat Sachsen wurde
zunächst eine Zuckermenge überwiesen, die bis Ende November die
Abgabe von 3 Pfund pro Kopf gestattet. Dieser Zucker ist lediglich
für die sächsische Bevölkerung als reiner Mundzucker bestimmt; Ab-
gabe zu andern Zwecken ist verboten. Da die Wiedereinführung der
Zuckersteuer erst vom 1. Dezember an möglich ist, hat der jetzt zur
Verteilung gelangende Zucker in den freien Handel gebracht werden
müssen. Die Kleinhandler haben bis zum 30. November den Zucker
in Mengen von insgesamt 3 Pfund pro Kopf auf Verlangen abge-
geben. Mehrabgabe oder -entnahme ist verboten, ebenso selbstver-
ständlich die Abgabe an Personen, von denen der Kleinhandler weiß
oder vermuten muß, daß sie schon anderweitlich sich eingedeckt haben.
Die Abgabe darf vom Zukauf anderer Ware nicht abhängig gemacht
werden. Zuwiderhandlungen unterliegen schwerer Bestrafung, Händler
haben außerdem Ausschluß vom Zuckerhandel zu erwarten.

Ein Briefumschlag 3 M. Der Verband deutscher
Briefumschlagfabriken erhöhte den Ausschlag mit Berechnung vom
18. Oktober von 2800 auf 3800 Prozent. Somit kostet der billigste
Briefumschlag 3 M.

Staub dem Maulwurf. Infolge des hohen Preises
für Maulwurfstulle wird der Fang dieses für Garten und Land-
wirtschaft so überaus nützlichen Tieres zurzeit wieder in aus-
gebreiteter Maße betrieben. Die schädigenden Folgen werden wir
in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Die Anstiftung des
Maulwurfs wird sich bitter rächen.

Sternlichtspiele. In 2 Abendvorstellungen, be-
ginnend 1/26 und 1/29 Uhr, gelangt am Freitag der deutsche
Großfilm der Bavaria „Die Schiffbrüchigen“ zur Aufführung.
Was diesen Film zu einem wahren Kunstwerk macht, sind
neben einer äußerst spannenden und tragischen Handlung,
welche durch die bedeutendsten Schauspieler Deutschlands
glänzend dargestellt wird, die durchweg vortrefflich gelungenen
Hochsee-Aufnahmen. In Berlin rief die Uraufführung einen
Sturm der Begeisterung hervor.

Schmiedeberg. Mutterberatungsstunde findet Mittwoch den
29. 11. 1922 nachmittags 2—3 Uhr in der Schule statt.

Kreuz. Infolge der Geldentwertung müssen sämtliche kirch-
lichen Gebühren ab 20. November verdreifacht werden. Das Grab-
machen wird nach Stundenlöhnen nach dem Tarife der sächsischen
Gemeindearbeiter berechnet. Bei Erwachsenen sind 10 Stunden, bei
Kindern von 6—14 Jahren 4 Stunden, bei Kindern bis zu 6 Jahren
2 Stunden zu bezahlen. Die übrigen noch nötigen Stunden über-
nimmt die Kirchenkasse.

Spechtzig. In der Nacht zum 20. November wurde
aus dem Bureau der Spechtziger Werkstätten in der Specht-
zigmühle eine Schreibmaschine, Torpedo, Modell V, Nr. 27879
verdorben gestohlen. Der Besitzer hat für Wiederbeschaffung
eine Belohnung von 25 000 M. ausgesetzt. Sächsischen
Meldungen werden an die Gendarmerie-Station Dippoldis-
walde erbeten.

Dresden. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit:
Es sind Gerüchte im Umlauf, daß von dem Notgeld der Sächsischen
Staatsbank Fälschungen aufgetaucht seien. — Demgegenüber kann
in bestimmtester Form versichert werden, daß bisher noch kein einziges
Fälschungsstück bekannt geworden ist. Die Beunruhigung des Publikums
geht zurück auf die Haltung der Postverwaltung, die von den Heraus-
gebern des Notgeldes eine allgemeine Verpflichtung verlangt, etwa
von den Poststellen aufgenommene Fälschungsstücke einzulösen. Zu einer
solchen Erklärung konnte sich die Sächsische Staatsbank nicht ver-
stehen, da dann ein bequemer Weg zur Unterbringung von Fälsch-
ungen eröffnet worden wäre. Die Reichsbank und andere Noten-
banken übernehmen dem Publikum und den öffentlichen Kassen
gegenüber noch keine Garantie gegen das Vorkommen von Fälschungen,
obwohl ihre Interimsnoten auch nicht mehr Sicherheit gegen Nach-
ahmungen bieten als die mit aller Sorgfalt hergestellten Notgeld-
stücke der Sächsischen Staatsbank. — Die Herausgeber von Notgeld
sind zur vorübergehenden Unterstützung der Notenbanken eingeschungen,
als der Mangel an Zahlungsmitteln drohte, das ganze Wirtschafts-
leben zu erdroffeln. Sie haben dabei insbesondere den dringende
Anregungen und Wünschen von Reichsbehörden Folge geleistet. Es
ist unbillig, wenn ihnen nunmehr in der Unterbringung des Not-
geldes Schwierigkeiten bereitet werden. Gegen die Stellungnahme
des Reichspostministeriums hat sich u. a. auch der Sächsische Gemein-
tag — bisher leider ohne Erfolg — gewendet. Sämtliche staatlichen
Kassen sind Einlösungstellen des Notgeldes der Sächsischen Staats-
bank. Ebenso nehmen die Kassen der Reichseisenbahn das Notgeld
an. Auch das Reichsfinanzministerium hat in einer allgemeinen An-
weisung den ihm unterstellten Kassen allgemein die Annahme von
Notgeld im Erscheinungsbereich für das Notgeld der Sächsischen Staats-
bank — also in ganz Sachsen — gestattet.

Reuzersdorf. In der Nacht zum Freitag kam es in der näheren
Umgebung wieder zu einer Schießerei. Eine Grenzstreife erwischte
mehrere Personen, die die Grenze mit Schmutzwaren überschreiten
wollten. Die abgegebene Schießerei wurden lebhaft erwidert.
Von den acht Verhafteten konnten vier verhaftet werden.

Selbzig. Der Stadtrat ist dem Beschlusse, die Königsstraße in
Rathenaufträge umzugeben, nicht beigetreten.